

Deutschland-Nastätten: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen**OJ S 168/2023 01/09/2023****Auftragsbekanntmachung – Sektoren
Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/25/EU

Abschnitt I: Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeindewerke Nastätten

Postanschrift: Bahnhofstraße 1

Ort: Nastätten

NUTS-Code: DEB1A Rhein-Lahn-Kreis

Postleitzahl: 56355

Land: Deutschland

E-Mail: nastaetten@Bieteranfrage.de**Internet-Adresse(n):**Hauptadresse: <https://www.vgnastaetten.de>**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YJV60DV/documents>Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YJV60DV>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Vergabeberatungsstelle Klaeser GmbH

Postanschrift: Auf dem Kalk 5

Ort: Montabaur

NUTS-Code: DEB1B Westerwaldkreis

Postleitzahl: 56410

Land: Deutschland

E-Mail: nastaetten@Bieteranfrage.de

Telefon: +49 26029973890

Fax: +49 26029973899

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.vergabeberatungsstelle.de**I.6. Haupttätigkeit(en)**

Wasser

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Nastätten TL HB Dachkopf - HB Gemmerich

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Im Zuge einer Machbarkeitsstudie wurde das Ziel der Verbandsgemeinde Nastätten ermittelt, die Trinkwasserversorgung durch einen verbesserten Leitungsverbund zu optimieren und in dem Versorgungsgebiet Winterwerb, Oberbachheim, Gemmerich und Himmighofen-Kasdorf die Wasserversorgung über den geplanten HB Dachskopf sicherzustellen.

Gemeinsam mit der benachbarten Verbandsgemeinde Loreley wurde bereits durch den Bau des gemeinsamen HB Horstberg, in der Gemarkung Lierschied (Nähe HB Bogel), eine über die Grenze der VG hinausgehende Wasserversorgung, mit Anbindung an den Versorger RheinHunsrück Wasser, umgesetzt. Der geplante Bau des HB Dachskopf auf dem Gebiet der VG Loreley ermöglicht für die VG Nastätten die Ausweitung der überregionalen Zusammenarbeit mit angrenzenden Versorgern.

Die konkreten Planungen sind - neben den Planungen zum HB Dachskopf und der Steigleitung vom HB Lahnhöll (EVM) zum HB Dachskopf (in Zusammenarbeit mit den VGW Loreley und unter deren Federführung) - der Austausch bzw. Neubau von Transport- und Versorgungsleitungen für mehrere Leitungstrassen:

1. Leitungsbau im Versorgungsbereich Himmighofen - Kasdorf
2. Leitungsbau im Bereich Gemmerich bis zum HB Schaarheck
3. Leitungsbau zur Verbindung des HB Gemmerich mit dem HB Kasdorf
4. Leitungsbau zwischen dem HB Kasdorf und dem HB Bogel
5. Leitungsbau zwischen dem HB Dachskopf und dem HB Gemmerich
6. Leitungsbau zwischen HB Gemmerich, Winterwerb und Oberbachheim

Die hierzu erforderlichen Planungsleistungen werden losweise vergeben.

Gegenstand dieses Verfahrens sind die Planungsleistungen zu Ziffer 5 für den Leitungsbau zwischen dem HB Dachskopf und dem HB Gemmerich (DN 150) auf einer Länge von ca. 3.390 m. Die Leitung dient der Beschickung des HB Gemmerich mit Zusatzwasser. Bei der Leitung handelt es sich um einen unmittelbaren Anschluss an den HB Dachskopf.

Geschätzte Kosten KG 300 (Ingenieurbauwerke): 930.060 EUR

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB1A Rhein-Lahn-Kreis

Hauptort der Ausführung: 56355 Nastätten Ortslagen in der Verbandsgemeinde Nastätten

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gegenstand dieses Verfahrens zur Herstellung der Anbindung an den HB Dachkopf sind die Planungsleistungen (Lph 1-9) für Ingenieurbauwerke (§ 43 HOAI) einschl. der örtlichen Bauüberwachung sowie weitere Besondere Leistungen.

Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung der Leistungen.

In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 1 bis 4 nach HOAI sowie die in diesen Phasen ggf. erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt die Auftraggeberin für die genehmigte Planung die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach HOAI sowie der in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen.

Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen sind optional ausgeschrieben. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 4

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Für die Bearbeitung der optional zu beauftragenden Leistungsstufe 2 sind mit deren Beauftragung entsprechende Bearbeitungszeiten zu vereinbaren.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Gegenstand dieses Verfahrens zur Herstellung der Anbindung an den HB Dachkopf sind die Planungsleistungen (Lph 1-9) für Ingenieurbauwerke (§ 43 HOAI) einschl. der örtlichen Bauüberwachung sowie weitere Besondere Leistungen.

Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung der Leistungen.

In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 1 bis 4 nach HOAI sowie die in diesen Phasen ggf. erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt die Auftraggeberin für die genehmigte Planung die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach HOAI sowie der in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen.

Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen sind optional ausgeschrieben. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch..

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Innerhalb der genannten Laufzeit des Vertrags von 4 Monaten nach Auftragserteilung sind die Planungsleistungen so zu erbringen, dass Abschluss der Leistungsstufe 1 sichergestellt ist. Die Termine für weitere Leistungen werden mit der Beauftragung der weiteren Leistungen festgelegt.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

- 1.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass in der Person des Bewerbers/Bieters oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber/Bieter zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 123 GWB begründet sind.
- 2.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass in der Person des Bewerbers/Bieters oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber/Bieter zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB und nach §§ 19, 21 MiLoG begründet sind.
- 3.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
- 4.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass keine Abhängigkeiten von Ausführungs- und Lieferinteressen bestehen (gemäß § 73 Abs. 3 VgV). Gehört der Bewerber/Bieter einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Angebot zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist.
- 5.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters gemäß Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Nichtzugehörigkeit zu den genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen.
- 6.) Nachweis des Bieters über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister bzw. ein den Rechtsvorschriften seines Sitzstaates entsprechender Nachweis (wie Handelsregister, Partnerschaftsregister, Berufskammern der Länder)

Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bewerber/Bieter zum Beleg seiner Eigenerklärungen entsprechende Eignungsnachweise vorzulegen wie Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkassen/der Berufsgenossenschaft.

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

- 1.) Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers/Bieters und seinen Umsatz für die Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, in den letzten drei Geschäftsjahren
- 2.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber/Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient, und dass die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen (z.B. Bilanzen, EÜ-Rechnungen, BWAs), zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben. Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bieter muss über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme

- für Personenschäden mindestens 3.000.000 EUR
- für Sach- und Vermögensschäden mindestens 3.000.000 EUR und
- für Umweltschäden mindestens 3.000.000 EUR

beträgt.

Die vorgenannten Mindestdeckungssummen müssen für Personen-, Sach und Vermögensschäden mind. zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen.

Dies kann durch eine Bescheinigung der Versicherung, dass die vorgenannten Versicherungssummen im Auftragsfall zur Verfügung stehen, nachgewiesen werden.

Die geforderten Nachweise sind mit dem Angebot in Textform einzureichen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

- 1.) Angabe der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen, namentlich genannt und unter Nennung der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung (i.S.d. § 46 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 6 VgV);
- 2.) Erläuterung, aus der die Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Architekten, Ingenieure, Techniker etc.) hervorgeht (i.S.d. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV);
- 3.) Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber/Bieter unter Umständen an Dritte vergeben will.

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- I) Mindestanforderung an die Bürogröße:

Objektplaner Ingenieurbau und dessen Stellvertretung:

Der Bewerber muss hinsichtlich der Person des Planers für den Bereich Ingenieurbau über die Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums des Ingenieurwesens verfügen und eine einschlägige Berufserfahrung von mind. 10 Jahren im vorliegenden Planungsbereich nachweisen. Der Bewerber muss darüber hinaus über einen Vertreter von gleicher Qualifikation verfügen, wobei eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren im vorstehend benannten Planungsbereich für den Vertreter nachzuweisen ist.

Bauüberwachung Ingenieurbau und dessen Stellvertretung

Der Bewerber muss mindestens hinsichtlich der Person des Bauüberwachers für den Bereich Ingenieurbau über die Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums des Ingenieurwesens verfügen und eine einschlägige Berufserfahrung von mind. 10 Jahren in der Bauüberwachung vergleichbarer Projekte nachweisen. Der Bewerber muss darüber hinaus über einen Vertreter von gleicher Qualifikation verfügen, wobei eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren in der Bauüberwachung vergleichbarer Projekte für den Vertreter nachzuweisen ist. Für den Vertreter wird gleichwertig zum abgeschlossenen Studium die Qualifikation durch eine abgeschlossene Ausbildung zum Techniker oder Meister mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung nach Abschluss der Techniker- oder Meister-Ausbildung in dem ausgeschriebenen Planungsbereich anerkannt.

Die jeweils geforderten Qualifikationen müssen zum Einreichungstermin für die Teilnahmeanträge vorliegen und sind mit dem Teilnahmeantrag durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe entsprechende Ingenieure bzw. Techniker/Meister benennen.

II) Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers:

Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit der Planung und Realisierung von vergleichbaren Maßnahmen durch geeignete Referenzen nachzuweisen, die die nachfolgenden Anforderungen an die Vergleichbarkeit erfüllen und im Rahmen derer die Projekte kosten- und termingerecht abgewickelt wurden.

Es sind mindestens 3 Referenzobjekte zum Planungsbereich Ingenieurbau anzugeben, die den Bau von überregionalen Ver- oder Entsorgungsleitungen aus dem Bereich der Wasserversorgung oder Abwasserbeseitigung o.ä. betreffen. Die Referenzen sind dann mit der Leistung vergleichbar, wenn sie hinsichtlich der Größenordnung (Kosten/Länge) und der technischen Ausführung einen ähnlichen oder höheren Schwierigkeitsgrad ausweisen wie beschriebenen Leistungen haben. Die Vergleichbarkeit ist im Rahmen der vorzulegenden Referenzangaben zu beschreiben.

Bei allen Referenzen müssen mindestens die Planungsleistungen der Leistungsphasen 2 - 6 und 8 erbracht worden sein, wobei der Abschluss der Leistungsphase 8 nach dem 01.01.2015 erfolgt sein muss.

Davon muss mind. eine Referenz eine Druckstoßberechnung beinhalten.

Davon muss mind. eine Referenz eine hydraulische Berechnung eines Trinkwassernetzes nachweisen.

Davon darf max. eine Referenz noch in der baulichen Umsetzung sein.

Es muss für mind. 2 Referenzen die Vergabe der Bauleistungen nach den Regelungen der VOB/A oder SektVO nachgewiesen werden.

Durch die Vorlage weiterer Referenzen, die ebenfalls den Mindestanforderungen entsprechen müssen, kann eine bessere Bewertung erzielt werden.

Für alle Referenzen hat der Bewerber Auskunft darüber zu geben, wie sich die Bauzeit und die Baukosten entwickelt haben (Vergleich Ergebnisse der LP 3, LP 7 und nach Abschluss der LP 8). Abweichungen zwischen den Projektergebnissen und dem Kostenanschlag sowie der geplanten Bauzeit zum Zeitpunkt der Vergabe sind zu begründen.

Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind. Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.

Die geforderten Auskünfte/Nachweise sind mit dem Angebot in Textform einzureichen.

III.1.6. Geforderte Kautionen oder Sicherheiten

Siehe Ziffer III.1.2

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen, oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Der Auftraggeber wendet das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz an.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 29/09/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6.

Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 08/12/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 29/09/2023 Ortszeit: 12:00

Ort:

Die Angebotseröffnung erfolgt ausschließlich elektronisch.

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Bieter oder deren Bevollmächtigte sind bei der Öffnung der Angebote nicht zugelassen.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

- 1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabepattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabepattform kommuniziert. Registrierte Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bieters.
- 2.) Hinsichtlich der erbetenen Auskünfte zur Erfüllung der Eignungsanforderungen stehen Formularvordrucke zur Verfügung, die die Bieter verwenden sollen. Die Verwendung der Formularvordrucke wird für die Erstellung des Angebotes empfohlen, maßgeblich bleibt der Inhalt der EU-Bekanntmachung.
- 3.) Anfragen von Bietern werden nur in Textform über die Vergabepattform, per E-Mail oder Fax von der unter I.3) genannten Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle ausschließlich in Textform über die Vergabepattform beantwortet. Anfragen sollen bis spätestens 10 Tage vor Ablauf der Einreichungsfrist für die Angebote gestellt werden.
- 4.) Der Versand der Informations- und Absageschreiben gemäß § 134 GWB erfolgt grundsätzlich über die Vergabepattform an die plattformseitig hinterlegten Kontaktdaten des Bieters bzw. an die hinterlegten Kontaktdaten der das Angebot einreichenden Stelle. Im Falle des Angebotes einer Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle grundsätzlich über die Vergabepattform an die plattformseitig hinterlegten Kontaktdaten des bevollmächtigten Mitglieds der Bietergemeinschaft bzw. an die hinterlegten Kontaktdaten der das Angebot einreichenden Stelle.
- 5.) Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die Vergabepattform.
- 6.) Die Angebote sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen bis zum Ablauf der jeweiligen Einreichungsfrist elektronisch in Textform über die unter I.3) angegebene Vergabepattform einzureichen.
- 7.) Ausländische Bieter haben geforderte Nachweise/Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen.
- 8.) Die Abgabe von schriftlichen Teilnahmeanträgen/Angeboten (in Papierform) ist nicht zugelassen.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YJV60DV

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Von Bietern erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter bei der vergebenden Stelle gemäß den Fristen des § 160 Abs. 3 GWB zu rügen. Erklärt die vergebende Stelle, dass sie einer Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen bei der unter VI. 4.1) genannten Stelle einen Nachprüfungsantrag zustellen.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

28/08/2023